

## Mitteilungsvorlage

zur Kenntnis im **Jugendgemeinderat**  
zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**  
zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** **Satzung zur Änderung der Satzung über die Einrichtung  
eines Jugendgemeinderats - Vorberatung des  
Jugendgemeinderats**  
**Bezug:** 263/2020  
**Anlagen:** 0

---

### Die Verwaltung teilt mit:

Der Jugendgemeinderat hat in seiner Sitzung am 4. Dezember 2020 über die Vorlage 263/2020 beraten und unterstützt die Satzungsänderung grundsätzlich, fordert aber folgende Änderung:

„§ 4a Briefwahl und Wahlen per BürgerApp

(1) Der Gemeinderat kann **auf Antrag des Jugendgemeinderats** mit einer Mehrheit von 2/3 seiner Mitglieder beschließen, dass die Wahl des JGR ausschließlich als Briefwahl oder per BürgerApp durchgeführt wird.“

Die vom Jugendgemeinderat vorgeschlagene Änderung ist aus Sicht der Verwaltung rechtlich nicht zulässig. Durch die Einschränkung, nur auf Antrag des Jugendgemeinderats eine entsprechende Wahldurchführung zu beschließen, würde die Entscheidungshoheit des Gemeinderats nach § 24 Abs. 1 GemO zu stark eingeschränkt werden.

Die Verwaltung teilt aber die Auffassung, dass eine Briefwahl oder eine Wahl per BürgerApp nur mit Zustimmung des Jugendgemeinderats durchgeführt werden sollte. Bei einer möglichen Beschlussvorlage zu diesem Thema muss der Jugendgemeinderat gem. § 41a GemO und § 1 Abs. 3 der Satzung über die Einrichtung eines Jugendgemeinderats beteiligen werden. Zudem kann der Jugendgemeinderat von sich aus einen entsprechenden Antrag stellen.

